

Holoubek, Michael: Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Konsequenzen der Ausgliederung, Privatisierung und Beleihung, ÖZW 2000, S. 33

Diese Arbeit will untersuchen, wie die Tätigkeit "ausgliederter, privatisierter oder beliehener" Einrichtungen öffentlich-rechtlich einzuordnen ist. Welchen spezifischen verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Bindungen unterliegen Rechtsträger deswegen und im Unterschied zu anderen Unternehmen, weil ihre Tätigkeit auf einen staatlichen Ausgliederungs-, Privatisierungs- oder Beleihungsakt zurückzuführen ist? Die Untersuchung nimmt weiters auch jene verwaltungsrechtlichen Bindungen mit in den Blick, die zwar "ausgliederter und privatisierter" Rechtsträger treffen, denen aber die staatliche Verwaltung, nimmt sie dieselbe Aufgabe in Eigenverantwortung selbst wahr, nicht unterliegt, weil die einschlägigen einfachgesetzlichen Vorschriften auf die staatliche Verwaltung ausdrücklich keine Anwendung finden.